Beschluss Solidarität mit der Ukraine!

Gremium:	Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum:	26.03.2022
Tagesordnungspunkt:	6. Aktuelle Debatte

Antragstext

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen auf das Schärfste den völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Einmarsch Russlandsin die Ukraine. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in Deutschland, Europa und aller Welt bekunden wir unsere Solidarität mit den Menschen in der Ukraineund stehen an ihrer Seite. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg bereits gefordert hat und noch fordern wird. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt auch den mutigen Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die sich unter der Gefahr der Verhaftung und jahrelanger Haftstrafen offen gegen die Politik des Putin-Regimes stellen.

Russische Bombardierungen und Raketenangriffe machen vor zivilen Einrichtungen, Wohnhäusern, Theatern, Kliniken nicht halt. Vor allem die Küstenstadt Mariupol gleicht nach Augenzeugen einem Trümmerfeld. Das sind Kriegsverbrechen, für die sich Putin und seine Militärs werden verantworten müssen.

Als Bündnisgrüne stehen wir auf allen Ebenen für den Frieden und die Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen ein. Wir begrüßen die Resolutionen der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den Angriff verurteilen und Russland auffordern, die Gewaltanwendung unverzüglich einzustellen. Nur 4 Staaten haben neben Russland diese Resolutionen abgelehnt. Das zeigt die Isolation, in die Präsident Putin sein Land getrieben hat.

Wir begrüßen die weltweite beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Ukraine hat nach Art. 51 der Charta der VN das Recht zur Selbstverteidigung, und wir stehen dazu, dass es in dieser Lage angemessen ist, die Ukraine materiell und ideell dabei zu unterstützen.

Wir begrüßen die seit langem überfällige Distanzierung der Landesregierung vom Projekt Nordstream 2 und den Aktivitäten der zu dessen Unterstützung gegründeten sogenannten „Stiftung für Klima- und Umweltschutz“. Wir fordern Vorstand und Geschäftsführung der Stiftung auf, alle Tätigkeiten für die Stiftung einzustellen und die zur Ruhigstellung des Widerstands gegen das Projekt vorgesehenen Mittel der Stiftung, soweit sie bereits geflossen sind, nicht auszugeben, bis ein Weg zur endgültigen Abwicklung der Stiftung gefunden ist. Wir werden es nicht damit bewenden lassen. Wir fordern volle Transparenz über alle Aktivitäten der Stiftung und die Hintergründe ihrer Gründung.

Innerhalb von wenigen Wochen hat dieser Krieg circa zehn Millionen Menschen veranlasst, ihr Zuhause zurückzulassen. Zweidrittel davon halten sich im Inland auf und werden von Landsleuten so gut es geht aufgenommen. Gut dreieinhalb Millionen Menschen haben das Land verlassen. Wir sind froh über die riesige Hilfsbereitschaft in Polen, Ungarn, Rumänien, der Slowakei und der Moldaurepublik. Die Ukraine ist ein buntes Land, das sich unter anderem vielen afrikanischen Studenten geöffnet hat. Wir wünschen uns deshalb, dass bei der

Hilfe keine Unterschiede nach Hautfarbe und ethnischer Herkunft gemacht werden. Alle Kriegsflüchtlinge verdienen Unterstützung und Hilfe.

Wer vor Krieg und Gewalt flieht, ist bei uns willkommen. Wer Schutz sucht, findet bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Sicherheit und, wenn gewünscht, auch ein neues Zuhause. Die Hilfsbereitschaft im Land ist beeindruckend. Aber es wird notwendig sein, diese bald mit professionellen Strukturen zu untersetzen bzw. bestehende Hilfsstrukturen zu stärken, um Erschöpfung zu vermeiden. Der ersten Hilfe nach der Ankunft muss über einen langen Zeitraum Beratung, Betreuung und Integrationsunterstützung folgen. Dazu müssen Land und Bund Fördermittel weiter aufstocken und Verwaltungsprozesse einfacher und transparenter machen. Auch bei uns darf es keine Unterschiede zwischen ukrainischen Staatsbürger:innen und Menschen aus Drittstaaten geben. Die Integration muss besser als in den vergangenen Jahren Konfliktpotenziale im Blick haben. Wo es ukrainischen Geflüchteten leichter gemacht wird, müssen Erleichterungen so gut es geht allen Geflüchteten zugutekommen. Auch wenn die meisten Geflüchteten hoffen, bald zurückkehren zu können, müssen insbesondere der Spracherwerb und Kontakte zur unmittelbaren Wohnumgebung unterstützt werden.

Das sichere Leben im eigenen Land kann all das nicht ersetzen. Deshalb bleibt es dabei: Die Souveränität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Putin muss die Angriffe auf die Ukraine sofort einstellen und seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Das fordern wir mit mehr als Zweidrittel aller Staaten der Welt.

Frieden und Unabhängigkeit für die demokratische Ukraine!